

Gute Bildung und Betreuung  
für alle Kinder



**DIE LINKE.**



# Vorwort

*Kinder lernen vom ersten Lebenstage an.*

*Viele Grundvoraussetzungen, die Welt zu begreifen, entwickeln sich schon vor dem dritten Lebensjahr. Auch die ersten sozialen Kontakte haben Kinder in dieser Zeit. Die Zeit vor der Schule ist insgesamt wichtig für die Entwicklung und Stärkung kindlicher Persönlichkeiten. Gemeinsam mit anderen Kindern zu spielen und zu lernen kommt allen Kindern zugute. Darum legen wir großen Wert darauf, dass das auch alle können. Es geht nicht darum, die verantwortungsvolle Arbeit der Eltern zu ersetzen, sondern zu ergänzen in einer Weise, wie es nur in der Gemeinschaft mit anderen Kindern geht.*

*Jedes Kind hat das Recht, die bestmöglichen Entwicklungsbedingungen zu erhalten. Darum steht DIE LINKE für einen ganztägigen Rechtsanspruch auf Bildung und Betreuung für alle Kinder und vom ersten Lebensjahr an.*

*Wir verbinden diese Forderung mit klaren Vorstellungen über die Qualität von Bildung in öffentlicher Kinderbetreuung. Dazu haben wir unsere Vorstellungen aufgeschrieben.*

*Noch längst nicht überall ist ein ausreichendes und ganztägiges Angebot an Betreuungsplätzen gesichert. Noch längst nicht überall werden Qualitätsstandards eingehalten. Wir wollen mit unseren Vorstellungen und Forderungen die Debatte weiter anregen. Unser Angebot richtet sich an Eltern, Erzieherinnen und Erzieher und an die Politik in Bund, Ländern und Kommunen.*

*Auch wir lernen weiter. Diese Broschüre ist die dritte überarbeitete Fassung seit dem Jahre 2008. Auf Ihre Meinung sind wir gespannt.*

## **Rosemarie Hein**

Bildungspolitische Sprecherin  
der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

## **Regina Kittler** und **Silke Michels**

Sprecherinnen der BAG Linke Bildungspolitik



# Gute Bildung und Betreuung für alle Kinder

## Standpunkte der LINKEN

Günstige Entwicklungsbedingungen für alle Kinder in ihren ersten Lebensjahren sind eine wesentliche Voraussetzung für die Sicherung wirklicher Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung und Kultur. Bereits im frühen Kindesalter werden wichtige Weichen dafür gestellt, wie Lebenspläne reifen und realisiert werden können.

Daraus erwächst eine große Verantwortung, nicht nur für die Eltern. Auch die Gesellschaft als Ganzes muss besser dafür sorgen, dass die notwendigen Voraussetzungen für eine optimale Entwicklung der Kinder geschaffen werden können. Eine umfassende frühkindliche Förderung von Kindern durch Angebote der Bildung, Erziehung und Betreuung kann viel dafür leisten, unterschiedliche Bedingungen des Aufwachsens auszugleichen, die der Individualität jedes Kindes gerecht werden und die familiäre Zuwendung ergänzen. Nicht nur für Kinder mit sozialen oder anderen Benachteiligungen ist diese Förderung wichtig, sondern für alle Kinder und Familien.

### 1. Der Anspruch auf umfassende Förderung ist das Recht eines jeden Kindes.

In Übereinstimmung mit der UN-Konvention über die Rechte des Kindes, insbesondere Artikel 3, und dem § 1 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, ist es für DIE LINKE ein verpflichtendes Gebot, sich dafür stark zu machen, dass alle Kinder das **Recht auf umfassende Förderung haben und an Bildung und Erziehung in Gemeinschaft mit anderen Kindern** auf freiwilliger Grundlage teilhaben können. Das muss unabhängig vom Geldbeutel der Eltern und unabhängig davon gewährt werden, inwieweit die Erziehungsberechtigten zeitlich und sachlich in der

Lage sind, die Betreuung, Bildung und Erziehung selbst zu gewährleisten. Angesichts der alarmierenden Befunde über Kinderarmut in Deutschland gewinnt die Möglichkeit der Teilhabe an frühkindlicher Bildung und Betreuung eine besondere Bedeutung. Aber die Möglichkeit, gemeinsam mit anderen Kindern zu spielen und zu lernen, ist unabhängig von der sozialen Lage der Familien für alle Kinder wichtig. Wir sprechen uns darum für den flächendeckenden Ausbau ganztägiger Betreuungsangebote in Kindertageseinrichtungen aus. Eltern sollen sich ganz bewusst für die Förderung ihres Kindes in einer Kindertagesstätte entscheiden können – ohne Zugangsbeschränkung und Bedarfsprüfung. **Jedes Kind muss vom ersten Lebensjahr an einen Ganztagsplatz beanspruchen können.**

Das Kinderförderungsgesetz des Bundes, das den Ausbau der Förderangebote für Kinder unter drei Jahren regelt, bleibt, wie das SGB VIII (Sozialgesetzbuch VIII) insgesamt, hinter diesen Ansprüchen meilenweit zurück.

Wissenschaftliche Ergebnisse aus zahlreichen Studien belegen die emanzipatorische Bedeutung der bereits im frühen Kindesalter einsetzenden Förderung von Kindern für ihre individuellen Entwicklungschancen. Heute gibt es einen deutlich **breiteren gesellschaftlichen Konsens** darüber, dass Kinder bereits von Geburt an lernen, dass darum der Bildung im Vorschulalter, sogar schon im Alter unter drei Jahren große Bedeutung für die gesamte Persönlichkeitsentwicklung zukommt. Diese Einsicht führte dazu, dass im Jahre 2008 vom Deutschen Bundestag der **Rechtsanspruch auf eine Kindertagesbetreuung auch für Kinder unter drei Jahren** im Kinder- und Jugendhilferecht (SGB VIII) verankert wurde.

Seit dem 1. August 2013 ist dieser Rechtsanspruch in allen Bundesländern einklagbar. Bereits seit 2005 gibt es ihn für Kinder von 3 bis 6 Jahren. Die neuesten Zahlen des Kindergartenmonitors belegen, dass mittlerweile deutlich über 90 Prozent der Kinder im Vorschulalter eine Kita besuchen. Für die Kinder unter drei Jahren ist der Versorgungsgrad dagegen immer noch unbefriedigend. Er lag bundesweit im März 2016 bei 32,7 Prozent<sup>1</sup>. Damit ist auch drei Jahre nach Inkrafttreten des Rechtsanspruches nicht einmal das Ziel der Bundesregierung von 35 Prozent für die Versorgung der Unter-Dreijährigen erreicht. Immer noch

gibt es ein drastisches **Gefälle zwischen Ost und West**. Während der Besuch einer Kita für Unter-Dreijährige in allen Ostbundesländern über 50 Prozent liegt, kann im Westen lediglich Hamburg für mehr als 40 Prozent der Kinder Plätze anbieten. Jedoch ist der tatsächliche **Betreuungsbedarf** in allen Bundesländern, auch im Osten, inzwischen deutlich höher. Er liegt **bundesweit inzwischen bei 43 Prozent**<sup>2</sup>. Auch die Zahl der angebotenen Ganztagsplätze kann noch nicht zufrieden stellen. Nicht einmal für die Hälfte der betreuten Kinder steht ein Ganztagsplatz zur Verfügung.

Obwohl sich bei der Zahl der Betreuungsplätze in den letzten Jahren einiges getan hat, gibt es jede Menge alte, aber auch neue **Baustellen in der frühkindlichen Bildung**. Eine ebenso große Baustelle wie die Zahl der Betreuungsplätze ist die **Absicherung der Qualität frühkindlicher Bildung und Betreuung**. Das betrifft zum Beispiel die Versorgung mit gut ausgebildeten Fachkräften und solchen Arbeitsbedingungen, die eine gute Vor- und Nachbereitung, aber auch die Zusammenarbeit mit den Eltern ermöglichen. Besonders im Osten ist der Betreuungsschlüssel unbefriedigend. Die Sicherung guter Betreuungsqualität wird hier auf dem Rücken der Erzieherinnen und Erzieher ausgetragen.

Notwendig ist weiterhin eine **bessere Ausbildung von pädagogischen Fachkräften**, auch und gerade unter dem Blickwinkel inklusiver Bildung von Anfang an.

Wir streben eine **elternbeitragsfreie Kinderbetreuung** einschließlich der **Versorgung mit gesundem Essen** in der Kita an. Die ersten Bundesländer haben begonnen, frühkindliche Bildung und Betreuung schrittweise elternbeitragsfrei anzubieten. Auch in einigen Städten ist das so. Für die Versorgung mit gesundem Essen gilt das noch nicht.

Unbefriedigend ist ebenso der bauliche Zustand der Einrichtungen, die **Sicherung der Barrierefreiheit**, die Ausstattung mit Spielgeräten und Arbeitsmitteln sowie ausreichend Platz für Spiel und Bewegung drinnen und draußen. Auch dies gehört zu guter Betreuungsqualität. Hier ist noch viel zu tun und auch Überzeugungsarbeit zu leisten.

Nur in wenigen Ländern ist die ganztägige Betreuung in der Regel gewährleistet. Einen Rechtsanspruch dafür gibt es nur in

Sachsen-Anhalt. In vielen Bundesländern und Regionen wird jedoch noch nicht einmal der derzeit geltende Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz konsequent umgesetzt. Offensichtlich sehen sich viele Kommunen dazu nicht in der Lage. Inzwischen sind auch dort, wo es vor Jahren noch keine Versorgungsprobleme gab, welche entstanden.

## 2. Kindertagesstätten sollen einen aktiven Beitrag zu Bildung, Erziehung und Betreuung leisten. Sie sind qualitativ weiter zu entwickeln.

Wenn Kindertagesstätten ihrer Verantwortung für soziale Chancengleichheit und gemeinsames Aufwachsen von Kindern gerecht werden sollen, so die Position der Partei DIE LINKE, müssen sie ihren **eigenständigen und aktiven Beitrag zu Bildung, Erziehung und Betreuung und damit zur Förderung** der ihnen anvertrauten Kinder leisten. Frühkindliche Bildung und Erziehung stellt dabei keinen Widerspruch dar zu einem liebevollen Elternhaus, sondern ist die **gesellschaftlich notwendige Ergänzung**, um soziales und kognitives Lernen, Erleben und Gemeinschaft zu ermöglichen. Kindertagesstätten sollen nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützen, sondern sich **als Bildungs- und Erziehungseinrichtungen** in Partnerschaft zu den Eltern profilieren. Bildung, Erziehung und Betreuung gehören zusammen. DIE LINKE setzt sich für die Erarbeitung und Umsetzung flexibler an der Entwicklung der Kinder orientierter **Bildungspläne für die frühkindliche Bildung** in den Ländern ein.

In unserem Verständnis von Bildung und Erziehung im frühen Kindesalter wollen wir **konsequent vom Kind**, seinen sich entwickelnden Interessen und Bedürfnissen ausgehen. Jedes Kind ist einzigartig. Jedes will Schritt für Schritt auf individuelle Art und Weise die Welt begreifen und mitgestalten lernen. Erwachsene müssen lernen, Kinder ernst zu nehmen, ihnen Räume zu öffnen, in denen sie spielen, lernen, Freundschaften schließen können und Geborgenheit finden. So kann das Kind im Dialog mit Erwachsenen und gemeinsam mit anderen Kindern seinen Zugang zur Welt finden, sein Wissen von ihr und der



eigenen Person entwickeln, sich als soziales Wesen begreifen lernen und die Strukturen seines Denkens entfalten.

DIE LINKE setzt sich für die **gemeinsame, inklusive Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern ein**, unabhängig davon, ob Kinder behindert bzw. beeinträchtigt sind oder nicht, ob sie mit deutscher oder anderer Muttersprache aufwachsen und unabhängig von der finanziellen Situation und dem Bildungshintergrund der Eltern.

**Aufgabe von Kindertagesstätten ist es, die besonderen Talente jedes Kindes zu entdecken und ihnen Raum zur Entfaltung zu geben, Benachteiligungen früh zu erkennen und auszugleichen.** Viele Kindertagesstätten haben sich der Aufgabe inklusiver Bildung und Betreuung schon gestellt und setzen sie mit viel Engagement um. Doch die Bedingungen, unter denen sie arbeiten, sind oft alles andere als optimal. Das reicht von der Barrierefreiheit der Einrichtungen und des Umfeldes über eine angemessene Ausstattung der Einrichtungen bis zum fachlich qualifizierten Personal und seinen Arbeitsbedingungen. Wir betrachten den „Index für Inklusion in Kindertageseinrichtungen: Gemeinsam leben, spielen und lernen“ als Leitfaden zur Umsetzung von Inklusion in der frühkindlichen Bildung und Betreuung. Er muss in Bund, Ländern und Kommunen zur Grundlage der Ausgestaltung dieses Bildungsbereiches werden.

Es geht auch in der frühkindlichen Bildung um ein umfassendes Bildungskonzept. Neben der Förderung der **kognitiven und sprachlichen Fähigkeiten** ist die **Ausbildung von Gefühlen, Kreativität und Phantasie** entscheidend. Die Fokussierung auf die MINT-Bildung, für die derzeit überall geworben wird, ist für uns zu einseitig, wenn andere Seiten der Persönlichkeitsentwicklung dafür vernachlässigt werden.

In Kindertageseinrichtungen soll es ein **gesundes warmes Mittagessen** geben, aber auch ein **gemeinsames Frühstück** und eine **Nachmittagsversorgung** angeboten werden. Alle Kinder müssen daran teilnehmen können. Auch eine altersentsprechende Gesundheitserziehung und -vorsorge sollte in den Einrichtungen selbstverständlich werden. Kinder sollen lernen, wie man sich gesund ernähren kann.

Zu einer Kindertageseinrichtung, in der sich Kinder wohl fühlen, gehören auch vielfältige **Möglichkeiten zur Bewegung, zu Sport und Spiel** wie Räume zur Besinnung und Erholung.

**Von Kindertageseinrichtungen müssen Kinder Besitz ergreifen**, sie mitgestalten können. Das verlangt Ideenreichtum im Umgang mit dem Vorhandenen, eine kluge Architektur, wo Neues entsteht, und eine pädagogisch sinnvolle Ausstattung.

### 3. Die Rahmenbedingungen für eine hohe pädagogische Qualität der Kinderbetreuung müssen gesichert werden.

Gute Rahmenbedingungen in der Kinderbetreuung müssen sowohl den Kindern gerecht werden als auch den Eltern und den Beschäftigten in den Einrichtungen, insbesondere den Erzieherinnen und Erziehern. Hierzu gehören neben dem Ausbau der Öffnungszeiten, der Festlegung von Mitbestimmungsrechten von Eltern, auch eine der pädagogischen Verantwortung angemessene bessere Bezahlung des Personals und verbesserte arbeitsrechtliche Bedingungen. **Pädagogische Berufe brauchen eine höhere gesellschaftliche Wertschätzung.**

DIE LINKE plädiert dafür, dass eine pädagogische Fachkraft nicht mehr als drei Kinder unter drei Jahren gleichzeitig betreuen sollte. Für Drei- bis Sechsjährige empfehlen wir, dass eine pädagogische Fachkraft nicht mehr als acht Kinder gleichzeitig betreut. Um diesen Anspruch an die Qualität in der Betreuung und Bildung zu erfüllen, muss mehr und entsprechend ausgebildetes Personal zur Verfügung stehen. Dazu bedarf es eines Ausbauprogrammes für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern.

Es ist nicht vermittelbar, wenn angehende pädagogische Fachkräfte für ihre Ausbildung immer noch selbst zahlen müssen, weil zu wenige staatliche Schulen zur Verfügung stehen. Die Angebote der berufsbegleitenden oder praxisintegrierten Ausbildung, die in einigen Ländern erprobt werden, sind noch kein befriedigender Weg aus dem Dilemma. Der Zustand, dass jedes Land seinen eigenen Weg geht, muss beendet werden. Das Konzept der

derzeitigen Ausbildung zur staatlich anerkannten Erzieherin bzw. zum staatlich anerkannten Erzieher stammt aus einer Zeit, da in der alten Bundesrepublik nur wenige Plätze in Kindertagesstätten und Horten bereitgestellt wurden und noch kein Rechtsanspruch bestand. Heute ist das anders. Erforderlich ist es darum, einen **Diskussionsprozess um die gesamte Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern und ihre künftige Struktur** zu führen, damit die Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger auch in allen Arbeitsfeldern mit ihren unterschiedlichen Anforderungen bestehen können.

DIE LINKE tritt dafür ein, **schrittweise das Qualifikationsniveau der pädagogischen Fachkräfte anzuheben**. Deshalb schlägt DIE LINKE vor, die Inhalte der Ausbildung von pädagogischen Fachkräften den gewachsenen Anforderungen anzupassen und das Niveau der **Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern für Kindertageseinrichtungen auf Hochschulniveau anzuheben**. Der Beruf der Erzieherin bzw. des Erziehers soll aus einer gewissen Perspektivlosigkeit für den beruflichen Aufstieg herausgeführt werden. Darum müssen Brücken zwischen Berufsausbildung und Hochschulausbildung geschlagen werden. Dazu gehört auch, dass es möglich sein muss, nach einer Ausbildung zur staatlich anerkannten Erzieherin bzw. zum staatlich anerkannten Erzieher an einer Fachschule ein Studium an einer Hochschule bis zum Master anschließen zu können, für das BAföG gezahlt werden kann.

Die Umsetzung von Inklusion in frühkindlicher Bildung und Betreuung erfordert **multiprofessionelle Kompetenz**. Darum treten wir zum Beispiel dafür ein, dass heilpädagogische Fachkräfte regulär und zusätzlich zum Personalschlüssel in Kindertageseinrichtungen arbeiten können.

Alle pädagogischen Fachkräfte brauchen gute Arbeitsbedingungen. Dazu gehört eine angemessene Zeit für die Vor- und Nachbereitung der Bildungs- und Betreuungsangebote und für die Zusammenarbeit mit den Eltern. DIE LINKE tritt darüber hinaus für den **Ausbau der Fort- und Weiterbildungsangebote** und des Erfahrungsaustauschs ein. Dazu müssen finanzielle Mittel und ein angemessener **Zeitfonds innerhalb der wöchentlichen Arbeitszeit** zur Verfügung stehen.

Für die Arbeit in den Einrichtungen braucht es ein pädagogisches **Beratungs- und Unterstützungssystem**, Möglichkeiten für Konsultationen und Erfahrungsaustausch sowie eine Kultur der externen und internen Evaluierung.

**Qualitätsstandards sollen für alle öffentlichen Angebote** der frühkindlichen Förderung **gelten**, gleich ob in Kindertagesstätten, bei Tagesmüttern, in Kinderkreisen oder anderen Formen.

## 4. Ein besseres Miteinander im Interesse der Kinder

Das Zusammenwirken der Träger der öffentlichen und freien Kinder- und Jugendhilfe, die Koordination der verschiedenen Verantwortungsebenen soll verbessert werden. Das gilt auch für das konkrete Miteinander von Eltern, Kindertagesstätte, Schule und Jugendhilfe vor Ort. Zwischen Kita und den Eltern soll es eine Partnerschaft im Interesse des Kindes geben. Besonderen Stellenwert für eine gute Kita haben die Elternvertretungen. Ihr Mitspracherecht muss aufgewertet werden.

Vor allem in der Arbeit **im letzten Kindergartenjahr** vor der Einschulung **soll mit den aufnehmenden Grundschulen zusammengearbeitet werden**, ohne der Gefahr der Verschulung der Bildungsarbeit im Kindergarten zu erliegen. Vielmehr muss sich auch die Schule verändern. Sie muss sich auf die Kinder einstellen und sie dort abholen, wo sie in ihrer individuellen Entwicklung stehen.

## 5. Familien müssen gestärkt werden.

DIE LINKE geht **von einem modernen Familienbild aus**, das auch alle Formen des Zusammenlebens mit Kindern umfasst: Neben den traditionellen Familien gehören vielfältige Formen von Lebensgemeinschaften und Ein-Eltern-Familien dazu. Wir erachten es für eine wichtige Aufgabe, **Erziehende bei der Bildung, Erziehung und Betreuung ihrer Kinder zu unterstützen**, damit sie ihr hohes Recht und ihre große Verantwortung, die im Grundgesetz verankert sind, wahrnehmen können. Alle, die mit Kindern

leben, die Verantwortung für ihr Aufwachsen übernommen haben, brauchen **in erster Linie soziale Sicherheit** und die Perspektive einer lohnenden Entwicklung für die ganze Familie. Gleichzeitig erwarten immer mehr Familien **kompetenten Rat und Hilfe** zu Erziehungs-, Bildungs- und Lebensfragen. Besonderes Augenmerk ist dabei auf die Förderung von Kindern zu richten, die in mehreren Kulturen aufwachsen. Hier ist die Zusammenarbeit mit den Eltern sowie dem gesamten Umfeld des Kindes von großer Bedeutung.

Kindertageseinrichtungen nehmen hier eine verantwortungsvolle Aufgabe wahr. Für all das sind qualifizierte und **gut erreichbare öffentliche Angebote** nötig.

Kinder aus zugewanderten Familien brauchen schnell einen Zugang zu frühkindlicher Bildung und Betreuung. Das hilft ihnen, sich in der neuen Umgebung zurechtzufinden, die Sprache zu lernen, ihre Persönlichkeit zu entwickeln und dort, wo das der Fall ist, die Flucht, Tod und Verbrechen gesehen und erlebt haben, zu verarbeiten. Gute frühkindliche Bildung und Betreuung können eine wertvolle Hilfe für die zugewanderten Familien sein. Dazu bedarf es auch umfassender professioneller Beratungsstrukturen. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass Kindertageseinrichtungen gut auf die Aufnahme dieser Kinder vorbereitet werden und sie spezielle Unterstützung erhalten, zum Beispiel was den Umgang mit traumatisierten Kindern betrifft. Die frühe und selbstverständliche Begegnung von Kindern aus verschiedenen Kulturen ermöglicht es gleichzeitig, Verständnis und Toleranz im Umgang miteinander zu lernen und die Vielfalt kultureller Erfahrungen als Bereicherung zu verstehen.

## 6. Ein bedarfsgerechtes Netz von Kindertagesstätten in Stadt und Land ist nötig.

Um all diese Aufgaben gut erfüllen zu können, sind flächendeckend niveauevolle, **vielfältige und gut erreichbare wie bedarfsgerechte Angebote** zur Bildung, Erziehung und Betreuung der Kinder nötig. DIE LINKE präferiert öffentlich finanzierte institutionelle Angebote der Kinderbetreuung kommunaler oder frei gemeinnütziger Träger. Doch finden die Angebote von Tages-

müttern und Tagesvätern, die über eine den Fachkräften in den Kindertageseinrichtungen vergleichbare Ausbildung verfügen, als ergänzende oder von den Eltern gewählte Angebote genauso einen anerkannten Platz wie betriebliche Kindergärten.

Bund, Länder und Kommunen tragen die Verantwortung für ein bedarfsgerechtes Angebot in der Kinderbetreuung. Dabei muss gelten, dass die Wege zur Kita so kurz wie möglich sein sollen. Wichtig ist auch, dass alle Kindertageseinrichtungen, aber auch Tagesmütter und Tagesväter nach gleichen Qualitätskriterien arbeiten und dem Anspruch der Kinder und Eltern gerecht werden. Auch dafür tragen die Länder und Kommunen die Verantwortung.

DIE LINKE wendet sich gegen Bestrebungen der Kommerzialisierung der Jugendhilfe. In diesem Kontext spricht sie sich dagegen aus, gewinnorientierten Anbietern einen Anspruch auf öffentliche Zuschüsse einzuräumen. **Bildung und Erziehung dürfen nicht dem Markt überlassen werden. Sie gehören zur öffentlichen Daseinsvorsorge, auf die alle Kinder und ihre Familien einen Rechtsanspruch haben.** Chancengleichheit und hohe Qualität der Bildungsarbeit müssen in staatlicher Verantwortung gewährleistet werden. Das gilt auch dort, wo Betriebe im Eigeninteresse Betreuungsangebote vorhalten.

Kinder lernen immer. Darum tritt DIE LINKE für einen **flächendeckend zu garantierenden Ganztagsanspruch** ein, der nicht nur ganztägige Bildung und Betreuung ermöglicht, sondern auch die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Kitas sollten darum eine Öffnungszeit von mindestens zehn Zeitstunden gewährleisten. Dennoch warnen wir davor, die Betreuung von Kindern vor allem an der beruflichen Einbindung der Eltern auszurichten. Vielmehr muss es möglich sein, dass Eltern von Kindern im Vorschul- und Grundschulalter ihre berufliche Tätigkeit so gestalten können, dass die Betreuung der Kinder gewährleistet werden kann. Nur in wenigen Ausnahmefällen werden flexible Betreuungszeiten über die Regelöffnungszeiten hinaus abzusichern sein. Wir brauchen einen gesellschaftlichen Dialog über familienfreundliche Arbeitszeiten, der Unternehmen in die Pflicht nimmt und entsprechende Rechtsansprüche für Eltern zum Ziel hat.

## 7. Gute frühkindliche Förderung erfordert verlässliche öffentliche Finanzierung.

Das finanzielle Engagement in der Bundesrepublik auf dem Gebiet frühkindlicher Bildung, Erziehung und Betreuung **muss insgesamt deutlich erhöht werden**. An der Erweiterung und Ausgestaltung der Angebote im frühen Kindesalter müssen sich **Bund, Länder und Kommunen stärker beteiligen**. Es ist das Ziel der Partei DIE LINKE, dass diese Angebote **schrittweise, beginnend mit einem Vorschuljahr** und der Hortbetreuung überall **unentgeltlich zur Verfügung** gestellt werden.

Hohe Priorität hat für uns auch die Bereitstellung eines **elternbeitragsfreien Mittagessens sowie einer Frühstücksvorsorgung und eines Vesperangebotes**, das die Gesundheit und die Leistungsfähigkeit der Kinder fördert.

**Die Finanzierung eines** engen Netzes bedarfsgerechter Angebote frühkindlicher Bildung und Betreuung **muss aus öffentlichen Mitteln** erfolgen. Bund, Länder und Kommunen **dürfen sich auch unter Berufung auf das Subsidiaritätsprinzip** dieser Verantwortung nicht entziehen.

Angebote öffentlicher und unterschiedlicher freier Träger sollen den Eltern ein **Wunsch- und Wahlrecht** garantieren. Ziel ist es, dass bundesweit vergleichbare, qualitativ hochstehende Standards der Bildungs- und Betreuungsqualität erreicht werden. Dafür muss der Anteil höher qualifizierten Personals schrittweise gesteigert und Zeiten mittelbarer pädagogischer Arbeit fest in die Gesamtarbeitszeit eingerechnet werden. Mittel zur Qualitätssicherung, für pädagogische Beratungs- und Unterstützungssysteme sowie für die Fort- und Weiterbildung des Personals müssen ausreichend zur Verfügung stehen. Das erfordert **andere Berechnungsgrundlagen und höhere Zuschüsse an die Kommunen** in allen Landesgesetzen. Zugleich muss der Bund diese Aufgaben stärker und dauerhaft mit finanzieren.

## 8. Wir unterstützen breite Bündnisse für ein kinderfreundliches Land.

Ob in Regierungsverantwortung, in der Opposition oder in der Kommunalpolitik vor Ort trägt die Partei DIE LINKE dazu bei, **eine hohe Priorität** für die **Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern** zu sichern. Sie nutzt ihre Möglichkeiten, die Arbeit der Jugendhilfe auf Landes- und kommunalpolitischer Ebene zu verbessern, Jugendhilfe und Bildungsbereich enger miteinander zu verbinden, Lösungswege für brennende Probleme zu finden und gute Erfahrungen über Ländergrenzen hinaus bekannt zu machen.

DIE LINKE unterstützt **breite gesellschaftliche Bündnisse**, die sich für die qualitative Entwicklung und den Ausbau von öffentlichen Angeboten zur Förderung von Kindern engagieren.

**DIE LINKE verbündet sich mit allen, denen gute Bildung, Erziehung und Betreuung der Kinder in Wort und Tat am Herzen liegen.** Dazu gehören in erster Linie Eltern, Erzieherinnen und Erzieher, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Sie tritt auch dafür ein, dass **Kinder selbst gehört werden** und ihr Leben demokratisch mitgestalten können.

**Mit unseren Vorstellungen vom Wert frühkindlicher Bildung und der Absicherung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Väter und Mütter wollen wir mit anderen gesellschaftlichen Kräften ins Gespräch kommen und gemeinsam in den Ländern und vor Ort um bessere Lösungen voranbringen.**

1) Quelle: Statistisches Bundesamt.

2) Quelle Bildungsbericht 2016.



## Eintrittserklärung

Hiermit erkläre ich,

Name, Vorname\* \_\_\_\_\_

meinen Eintritt in die Partei DIE LINKE, Mitglied der Partei der Europäischen Linken (EL).  
Ich bekenne mich zu den Grundsätzen des Programmes der Partei DIE LINKE, erkenne die  
Bundessatzung an und bin nicht Mitglied einer anderen Partei im Sinne des Parteiengesetzes.

### Weitere Angaben zu meiner Person

Straße\* \_\_\_\_\_

Hausnr\* \_\_\_\_\_

Geburtsdatum\* \_\_\_\_\_

PLZ\* \_\_\_\_\_

Ort\* \_\_\_\_\_

Telefonnummer \_\_\_\_\_

Bundesland\* \_\_\_\_\_

E-Mail-Adresse \_\_\_\_\_

Soziale Netzwerke (Facebook, Twitter, Google+ etc.) \_\_\_\_\_

Beruf \_\_\_\_\_

Tätig als \_\_\_\_\_

Ich war früher bereits Mitglied einer Partei im Sinne des Parteiengesetzes. Wenn ja, in welcher?\* \_\_\_\_\_

Politische Interessen (Themenfelder) \_\_\_\_\_

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den  
Gliederungen entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG)  
zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisführung  
gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und der innerparteilichen Kommuni-  
kation erhoben, verarbeitet und genutzt.

*Einwilligung in die parteiinterne Bekanntmachung*

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass mein Eintritt nach §2 (2) der Bundessatzung  
parteiöffentlich bekannt gegeben wird. Parteiöffentlich bekanntmachung bedeutet, dass  
Neumitglieder zum Beispiel auf einer Mitgliederversammlung oder in einer internen Publi-  
kation des Kreisverbandes namentlich erwähnt werden.

Ort, Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

\*) Pflichtfelder



Impressum

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE

BAG Bildungspolitik

Kleine Alexanderstraße 28

10178 Berlin

E-Mail: [partei.vorstand@die-linke.de](mailto:partei.vorstand@die-linke.de)

Fotos: © Oksana Kuzmina – Fotolia.com

© RioPatuca Images – Fotolia.com

V.i.S.d.P.: Rosemarie Hein, Regina Kittler, Silke Michels

Stand: Dezember 2016

[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)



überreicht durch:

7